

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schulsport am 02.09.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	19:11 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Maicher
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 10.06.2025	1787/25
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Internationaler Schüleraustausch in Erfurt Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Grenzdörffer hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	0778/25

5.2.	Umsetzungsstand Stadtratsbeschluss DS 0325/24 „Maßnahmenkatalog gegen Mobbing und Gewalt an Schulen“ Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1193/25
5.3.	Kommunales Schulbudget der Stadt Erfurt Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1388/25
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum BE: Fraktion SPD & PIRATEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	0872/25
6.1.1.	Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0872/25 - Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum BE: Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1600/25
6.1.2.	Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0872/25 – Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2047/25
6.2.	Veröffentlichung einer Übersicht barrierefreier Schulen, Horte und Kindergärten auf der städtischen Homepage BE: Vertreter der Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt	1915/25
6.3.	Schulstandort Grünstraße zukunftsfähig entwickeln BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1971/25

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 26.11.2024 - TOP 4.1. und 4.1.1. ... Sonderprogramm "Digitalpakt Schule" ... (Drucksachen 0647/24, 2097/24)
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 2398/24 |
| 7.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.06.2025 zum TOP 5.4 – Drucksache 0486/25 Anmeldezahlen an Erfurter Schulen
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1616/25 |
| 7.3. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.06.2025 zum TOP 6.1 – Drucksache 0872/25 Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum – Prüfung von Fördermitteln
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 1618/25 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Mündliche Informationen | |
| 8.1.1. | Stadtteilbibliothek Ortsteil Melchendorf
Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Mroß
BE: Leiter des Amtes für Bildung | 1560/25 |
| 8.1.2. | Umsetzung Hitzeschutz an Schulen
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Maicher
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement | 2084/25 |
| 8.1.3. | Nicht genutzte Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm DigitalPakt Schule in Thüringen
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
BE: Leiter des Amtes für Bildung | 2092/25 |
| 8.2. | Sonstige Informationen | |

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Maicher, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schulsport und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste.

Er informierte den Ausschuss darüber, dass die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, Frau Langguth, als stimmberechtigter Vertreter des Oberbürgermeisters, an der Sitzung teilnahm. Zu Beginn der Sitzung waren zehn stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN informierte wie folgt:

Unter dem Tagesordnungspunkt 6.1.2 lag ein Änderungsantrag in Drucksache 2047/25; Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 0872/25 – Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum vor.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit neun Ja-Stimmen und einer Enthaltung bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Unter dem Tagesordnungspunkt 8.1.2 lag ein Antrag auf Mündliche Information in Drucksache 2084/25; Umsetzung Hitzeschutz an Schulen, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Maicher vor.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit zehn Ja-Stimmen einstimmig bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Unter dem Tagesordnungspunkt 8.1.3 lag ein Antrag auf Mündliche Information in Drucksache 2084/25; Nicht genutzte Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm DigitalPakt Schule in Thüringen, Fraktion CDU, Herr Hose vor.

Der Ausschussvorsitzende bat um das Votum zur Aufnahme in die Tagesordnung. Dies wurde mit zehn Ja-Stimmen einstimmig bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung.

Des Weiteren wurde der Tagesordnungspunkt 5.1 in Drucksache 0778/25 – Internationaler Schüleraustausch in Erfurt, Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Grenzdörffer - auf Wunsch des Fragestellers vertagt.

Weiter soll der Tagesordnungspunkte 7.3 in Drucksache 1618/25- Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.06.2025 zum TOP 6.1 – Drucksache 0872/25 Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum – Prüfung von Fördermitteln - auf Grund thematischer Zusammenhänge gemeinsam unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 in Drucksache 0872/25- Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum beraten werden.

Ebenfalls gemeinsam beraten werden sollen die Tagesordnungspunkte 8.1.3 in Drucksache 2092/25- Nicht genutzte Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm DigitalPakt Schule in Thüringen, Fraktion CDU, Herr Hose und TOP 7.1 in Drucksache 2398/23- Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 26.11.2024 - TOP 4.1. und 4.1.1. ... Sonderprogramm "Digitalpakt Schule" ... (Drucksachen 0647/24, 2097/24).

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 10.06.2025 1787/25

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

5. Behandlung von Anfragen

5.1. Internationaler Schüleraustausch in Erfurt 0778/25 **Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Grenzdörffer** **hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Der Tagesordnungspunkt 5.1 wurde auf Wunsch des Fragestellers vertagt.

vertagt

5.2. Umsetzungsstand Stadtratsbeschluss DS 0325/24 „Maßnahmenkatalog gegen Mobbing und Gewalt an Schulen“ 1193/25 **Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai** **hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend**

Frau Tallai, Fraktion CDU, hatte zu Beginn der Wortmeldungen mehrere Fragen. Sie bat um Mitteilung, wie der genaue Termin für die Berichterstattung im dritten Quartal laute und ob die Möglichkeit bestünde mehr Schulsozialarbeiter in Brennpunktschulen einzusetzen.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, zeigte sich sehr enttäuscht über die mangelnde Entwicklung, da seit dem Stadtratsbeschluss bereits eineinhalb Jahre vergangen seien. Des Weiteren wurde eine gleichlautende Anfrage des Herrn Schade lange Zeit nicht beantwortet. Er bat um konkretere Aussagen zum Zeitplan und die Beteiligung des Schülerparlaments und anderer Akteure.

Die Vertretung des Schülerparlaments äußerte ebenfalls die Enttäuschung über den aktuellen Umsetzungsstand, vor allem in Bezug auf die Projektpartnerschaft mit der Fraktion Mehrwertstadt „Mental Health“, welches auf diese Maßnahme aufbauen sollte. Die Vertretung betonte, dass die vorhandenen Angebote, der Ansicht des Schülerparlaments nach, nicht ausreichend seien und man kündigte nach der 19. Vollversammlung weitere Anträge an die Stadtverwaltung Erfurt an. Die aktuelle Situation des Stillstandes sei nicht vertretbar.

Herr Dr. Ungewiss, kommissarischer Leiter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend, zeigte Verständnis für die Unzufriedenheit, betonte jedoch, dass die Stadtverwaltung Erfurt stolz auf die bisherige Arbeit in diesem Bereich ist. Das Thema Schulsozialarbeit sei dem Jugendhilfeausschuss angehörig, Amt für Bildung ist unter anderen Projektpartner.

Herr Hose, Fraktion CDU, hielt die Aussage für nicht zufriedenstellend und betonte, dass das Dezernat für Soziales, Bildung und Jugend tätig werden müsse und bat um ein zeitnahes Treffen mit allen Akteuren. Dies wurde von der Verwaltung zur Kenntnis genommen und werde an den Leiter des Jugendamtes weitergeleitet.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit wird dieses Thema in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters ansprechen.

Weitere Nachfragen zu dem Maßnahmenkatalog stelle Herr Stolp, Fraktion Die Linke, er bat um Auskunft in welcher Form die Schulen in den Prozess einbezogen wurden oder werden.

Herr Hose, Fraktion CDU, merkte an, die Einbindung der Schulen zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen, sonst drohe es den Prozess unüberschaubar zu machen. Es sei jedoch sehr wichtig.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hatte Nachfragen zum Punkt drei der Stellungnahme und bat um Mitteilung, wann der Maßnahmenkatalog vorgelegt werde?

Daraufhin fasste der Ausschuss folgende Festlegung:

2137/25	Der Ausschuss bittet um eine Darstellung des aktuellen Umsetzungsstands des Maßnahmenkatalogs gegen Mobbing und Gewalt an Schulen. Insbesondere soll erläutert werden, wie die Schulen in die Umsetzung eingebunden werden. T: 21.10.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
---------	--

zur Kenntnis genommen

5.3. Kommunales Schulbudget der Stadt Erfurt
Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Tallai
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

1388/25

Herr Hose, Fraktion CDU erklärte, dass die plötzlichen Budgetkürzungen die Schulen vor ein großes Problem stellen. Die Planbarkeit sei so nicht mehr gegeben, wenn jede Ausgabe vorher beantragt und genehmigt werden müsse. Weiter fragte Herr Hose nach einer Möglichkeit das Verfahren der vergangenen Jahre wieder aufzugreifen, um allen Schulen ein verlässliches Schulbudget zu Schuljahresbeginn mitteilen zu können. Herr Dr. Ungewiss, Leiter des Amtes für Bildung, verwies auf die anstehende Haushaltsplanung, danach könne man den Schulen ein verlässliches Budget nennen.

Daraufhin fasste der Ausschuss folgende Festlegung:

2138/25	Der Ausschuss bittet um eine detaillierte Übersicht des Schulbudgets für das Jahr 2026. Diese soll für jede Schule in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt gesondert ausgewiesen werden. T: 28.02.2026 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
---------	---

zur Kenntnis genommen

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum
BE: Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

0872/25

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN fragte, warum der Bitte des Ausschusses, aus der vergangenen Sitzung, die aktuelle Sitzung im Gutenberg Gymnasium stattfinden zu lassen, nicht gefolgt und warum der Schulleiter nicht eingeladen wurde. Herr Mroß betonte, dass immer eine Einladung an die Schulleitungen erfolgen solle, wenn eine Schule in einem Tagesordnungspunkt thematisiert werde. Dies wurde von der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Der Referent aus dem Bereich des Oberbürgermeisters erwiderte, dass die nächste Sitzung am 21. Oktober im Gutenberg Gymnasium stattfinden werde. Die genauen Absprachen zu den Räumlichkeiten würden am darauffolgenden Tag geklärt. Daraufhin bat Herr Mroß die Drucksache zu vertagen.

Des Weiteren bat Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN, nicht nur die Schulleitungen, sondern auch die Eltern- und Schülervertretungen einzuladen. Der Anmerkung von Herrn Stolp, auch die Anwohner mit einzubeziehen, widersprach Herr Mroß, da die Sitzungen sonst unübersichtlich werden könnte und man erstmal das Gespräch mit den Einreichern suchen solle.

vertagt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.1.1. Antrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 0872/25 - 1600/25
Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum
BE: Fraktion Die Linke
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

vertagt

- 6.1.2. Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 2047/25
0872/25 – Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

vertagt

- 6.2. Veröffentlichung einer Übersicht barrierefreier Schulen, 1915/25
Horte und Kindergärten auf der städtischen Homepage
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, betonte seine Enttäuschung, dass bis zum Stattfinden der Sitzung keiner Stellungnahme der Verwaltung vorläge. Auch wurde eine Anfrage der Fraktion aus dem Jahre 2024 (2404/24) bisher nicht beantwortet.

Herr Hose, Fraktion CDU, erläuterte das Bestreben der Fraktion CDU, da bereits viele Eltern an die Fraktion herangetreten seien und die Suche nach einer passenden barrierefreien Schule als untragbar empfänden.

Die Drucksache werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN unterstützt.

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- 6.3. Schulstandort Grünstraße zukunftsfähig entwickeln 1971/25
BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Zu Beginn teilte Herr Hose, Fraktion CDU der Verwaltung mit, dass die Bemühungen zur Lösungsfindung zur Kenntnis genommen wurden. Man habe das Thema nun ausreichend diskutiert und die Interessen der Regelschule müssen gewahrt werden. Daher werde die Fraktion CDU den Antrag ablehnen.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN bat um Entschuldigung für das Versäumnis der Einreichung eines Änderungsantrages und kündigte diesen somit an. Auch er habe die Bemühungen wahrgenommen, dennoch sei eine Entscheidung dringend notwendig. Weitere Vertagungen seien nicht mehr hinnehmbar. Nachfragen zu dem Änderungsantrag kamen von Herrn Hose. Er bat um eine genauere Erläuterung, ob die Fraktion SPD & PIRATEN beabsichtige das Gymnasium 11 am neuen Standort als Gemeinschaftsschule zu planen. Dies wäre ein Vorgriff auf den Schulnetzplan. Herr Möller, Fraktion SPD & PIRATEN widersprach, da man Schulen bei der Weiterentwicklung lediglich Unterstützung zusichern wolle.

Dazu führte Herr Dr. Ungewiss aus, dass der aktuelle Schulnetzplan, einen Schulneubau für eine dreizügige Grundschule und ein dreizügiges Gymnasium in der Greifswalder Straße vorsehe. Des Weiteren gebe es einen Beschluss zur Errichtung einer dreizügigen Gemeinschaftsschule am Standort Blumenstraße (Erfurt West).

Auch Herr Dr. Ungewiss hatte Nachfragen zu dem Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN. Der Antrag sehe zwar das neugegründete Gymnasium 11 an der Grünstraße, bis zur Fertigstellung des Neubaus in der Greifswalder Straße vor, mit der Option der Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule, jedoch ist keine Grundschule vorgesehen. Weiter informierte Herr Dr. Ungewiss, dass am 04. September mit der Aufarbeitung der Beschlusslage zum letzten Schulnetzplan begonnen werde. Die Verfahrensrichtlinie von 2017 sehe eine Vorberatung mit den bildungspolitischen Sprechern, dann die Beratung im Ausschuss und abschließend eine Beschlussfassung im Stadtrat vor.

Im Anbetracht der neuen Erkenntnisse empfahl Herr Hose, Fraktion CDU den Beschluss im nächsten Stadtrat abzulehnen, um einen Vorgriff des Schulnetzplanes zu verhindern.

Herrn Mandler, Fraktion AfD, hinterfragte den möglichen Standort für die Schulcontainer und wie viel Zeit bei der Beschaffung benötigt werde.

Laut dem Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, Herrn Ott, sei noch kein Standort für die Schulcontainer geplant. Eine Auslösung des Beschaffungsprozesses sei vom Haushaltsplan abhängig und könnte drei bis sechs Monate nach Abschluss des Vergabeprozesses in Anspruch nehmen.

Frau Tallai, Fraktion CDU merkte an, dass auch das Lehrpersonal für die Schüler vorhanden sein müsse. Weiter fragte sie, inwieweit das Schulamt die genauen Zahlen der Schüler in den aktuellen vierten Klassen kenne und ob eine Abfrage erfolge, um die Wunschschulen der Familien vorab zu ermitteln.

Darauf erwiderte Herr Dr. Ungewiss, die neuste Statistik zeige, dass die Zahlen sinken, eine Abfrage der Wunschschulen sei ab Februar 2026 möglich.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hielt abschließend fest, dass die Container im nächsten Schuljahr wahrscheinlich gebraucht würden.

Anschließend beantragte Herr Hose, Fraktion CDU die Vertagung der Drucksache.
abgelehnt Ja 3 Nein 5 Enthaltung 2

Somit bat der Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die Drucksache.

bestätigt Ja 6 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung BuS vom 26.11.2024 - TOP 4.1. und 4.1.1. ... Sonderprogramm "Digitalpakt Schule" ... (Drucksachen 0647/24, 2097/24) hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Herr Hose, Fraktion CDU teilte seinen Ärger mit, dass Fördermittel in Höhe von 2,8 Millionen Euro aus dem Digitalpakt Schule nicht genutzt wurden. Die Verwaltung jedoch den Ausschuss mitteilte, dass die Mittel vollausgeschöpft wurden. Dem erwiderte Herr Ott, Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, man habe nach Absprache mit dem Amt für Bildung entschieden, welche Maßnahmen realistisch umsetzbar seien und dementsprechend Fördermittel beantragt. Diese Mittel seien dementsprechend auch verbaut worden. Es müsse vor der Fördermittelbeantragung auch beachtet werden, dass die Schulen erhebliche Beeinträchtigungen, beispielsweise Lärmbelästigung zu erwarten haben. Des Weiteren sei die Stelle des Projektleiters Digitalpakt weiterhin unbesetzt.

Die personellen Umstände seien der Fraktion bekannt, so Herr Hose, dennoch sei es unverständlich, da andere Städte auch mit diesen Hürden zu kämpfen hätten und dennoch Erfolge verbuchen können. Er bat um Auskunft, wie hoch die Kosten für die Digitalisierung einer Schule seien.

Herr Ott ging darauf ein, dass 98 Prozent der Aufgaben zur Umsetzung einer Maßnahme an externe Firmen abgegeben würden und die Stadtverwaltung Erfurt sich mittlerweile auf die Bauherrenaufgaben beschränkt habe. Das Amt stehe in regelmäßigen Kontakt mit anderen Behörden. Eine große Hürde sei die lange Entscheidungsfindung bis zur Beschlussfassung und der Betreuungsaufwand der externen Firmen. Auch konnten andere Städte mit nicht vergleichbaren Voraussetzungen in die Umsetzung des Digitalpaktes starten. Durch enorme Kostensteigerungen in dem Bereich, müsse man mit 400.000 Euro für die Digitalisierung einer Schule rechnen.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fragte, wie viele Stellen noch unbesetzt seien und wie man diese Ausschreibungen aktiv bewerbe. Laut dem Leiter des Amtes für Gebäudemanagement seien noch vier Elektro-Bauleiterstellen unbesetzt.

Zu den Stellenausschreibungen teilte Frau Langguth, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit mit, dass ein Konzept vorhanden sei und Anwendung fände. Des Weiteren seien die Personalausgaben der größte Posten in Haushaltsplan und Firmen in der freien Wirtschaft hätten bei der Lohnzahlung mehr Handlungsspielraum um Fachkräfte zu gewinnen.

Abschließend teilte Herr Maicher, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit, dass die Schulen eine rechtzeitige Information über eine anstehende Digitalisierung benötigen.

Der Ausschuss fasste daraufhin folgende Festlegung:

2139/25	Der Ausschuss ersucht um eine Rückmeldung, ob und in welcher Form die Schulen der Landeshauptstadt Erfurt bereits über die geplante Sanierung im Rahmen des Sonderprogramms „Digitalpakt Schule“ informiert wurden. T: 21.10.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
---------	--

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.06.2025 zum TOP 5.4 – Drucksache 0486/25 Anmeldezahlen an Erfurter Schulen** **1616/25**
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Herr Hose, Fraktion CDU, teilte mit, dass auch nach mehrmaliger Nachfrage keine Anmeldezahlen der Erfurter Schulen vorlägen und wollte den Grund für die fehlende Vorlage wissen.

Herr Dr. Ungewiss, Leiter des Amtes für Bildung erklärte, dass die Zahlen von dem Staatlichen Schulamt zugearbeitet werden und entsprechend der Stellungnahme zur Drucksache bekannt gegeben wurden. Dennoch bat Herr Hose, um die genauen Zahlen der Anmeldungen an jeder einzelnen Schule in der Landeshauptstadt Erfurt und bemängelte die Situation. Seiner Ansicht nach könne so kein Schulnetzplan geplant werden. Dem schloss sich Frau Tallai, Fraktion CDU, an.

Auch Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, stimmte dem zu, laut Seite 83 Nummer 6 des gültigen Schulnetzplanes, sei ein jährlicher Statistikbericht zu den Schülerzahlen der Erfurter Schulen inklusive eines Ausblicks auf das jeweilige kommende Schuljahr enthalten.

Der Ausschuss fasste daraufhin folgende Festlegung:

2140/25	Der Ausschuss bittet um eine Übersicht der aktuellen Anmeldezahlen der fünften Klassen aller Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt. T: 21.10.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
---------	---

zur Kenntnis genommen

- 7.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.06.2025 zum TOP 6.1 – Drucksache 0872/25 Trennung Schulhof Gutenberg-Gymnasium von öffentlichen Raum – Prüfung von Fördermitteln** **1618/25**
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

8.1. Mündliche Informationen

8.1.1. Stadtteilbibliothek Ortsteil Melchendorf

1560/25

Fragesteller: Fraktion SPD & PIRATEN, Herr Mroß

BE: Leiter des Amtes für Bildung

Vor Beginn der Redebeiträge, bat der Ausschussvorsitzende Herr Maicher um die Abstimmung über das Rederecht für die anwesende Ortsteilbürgermeisterin Melchendorf, Frau Wolff-Hölbe.

bestätigt Ja. 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

Frau Wolff-Hölbe bedankte sich für die Möglichkeit der Wortmeldung im Ausschuss. Sie erläuterte die aktuelle Situation zur eingerichteten Bibliothek in der Astrid-Lindgren-Schule. Diese werde viel von den Schülern und Eltern mit Kindergartenkindern genutzt und von den Einwohnern auch nur als Schulbibliothek wahrgenommen. Frau Wolff-Hölbe bemängelte den wenig zentralen und barrierefreien Standort und bat um Unterstützung für alle sozialen Strukturen und eine Berücksichtigung in dem neuen Bibliothekskonzept. Auch ging sie auf einen möglichen Standort im Melle Markt ein, welcher bereits 2021 vorgeschlagen wurde und nun wieder als Bibliotheksstandort zur Verfügung stehe.

Darauf antwortete Herr Dr. Ungewiss, in der bevorstehenden Planung zum Bibliothekskonzept 2026 sei eine große Bibliothek im Ortsteil Melchendorf vorgesehen. Auch könne der Vorschlag der Einmietung im Melle Markt genauer betrachtet werden, sofern ein Beschluss dazu eigereicht werden würde. Fachlich gebe es seiner Meinung nach nichts zu beanstanden, jedoch sei die aktuelle Haushaltssituation zu berücksichtigen.

Frau Tallai, Fraktion CDU, hielt die Unterhaltung einer Bibliothek in einer Grundschule, für schulfremden Personen für sehr bedenklich.

Eine weitere Alternative für den Standort einer Bibliothek sei eine freie Immobilie hinter dem Hotel Garni Melchendorf in der Haarbergstraße, so Frau Wolff-Hölbe. Durch die bevorstehende Sanierung der Grundschule, werde man bald einen neuen Standort finden müssen.

Dazu äußerte sich der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, die Grundschule 25 solle nicht saniert werden. Es sei ein Ersatzneubau geplant, nach dessen Fertigstellung wolle man das Bestandsgebäude abreißen. Ein multifunktionales Gebäude sei denkbar.

Um eine Anmietung der Räumlichkeiten im Melle Markt zu prüfen, wären zeitnahe Gespräche notwendig, erläuterte Frau Wolff-Hölbe.

Der Ausschuss fasste daraufhin folgende Festlegung:

2141/25	Der Ausschuss bittet um eine Rückinformation, ob ein Gespräch mit dem Center-Manager des Melle-Marktes über die Möglichkeit einer Anmietung der Räumlichkeiten geführt wurde. T: 21.10.2025 V: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend
---------	--

zur Kenntnis genommen

- 8.1.2. Umsetzung Hitzeschutz an Schulen 2084/25**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr
Maicher
BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, zeigte sich maßlos enttäuscht über die mangelnde Entwicklung zu dem Beschluss in Drucksache 2153/24- Effektiver Hitzeschutz an Erfurter Schulen. Es sei eine Strategie notwendig, alle Kinder der Landeshauptstadt Erfurt hätten ein Recht auf Hitzeschutz.

Er stellte die Frage an die Verwaltung, wie man die Kinder vor der Hitze in den Schulräumlichkeiten schützen werde.

Herr Ott widersprach und führte aus, dass bereits Maßnahmen umgesetzt wurden, aber natürlich noch nicht an allen Schulen. Drei Projekte würden aktuell umgesetzt, eine angesprochene Priorisierung könne nicht vorgenommen werden, da alle Schulen mit einer Fassade zur Südseite betroffen seien und die aktuelle Haushaltslage dies nicht zuließe.

Abschließend teilte Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN mit, dass eine Zusammenführung des Digitalisierungs- und des Hitzeschutzkonzeptes zielführend sei.

zur Kenntnis genommen

- 8.1.3. Nicht genutzte Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm DigitalPakt Schule in Thüringen 2092/25**
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
BE: Leiter des Amtes für Bildung

Die Beratung wurde unter TOP 7.1 durchgeführt.

zur Kenntnis genommen

8.2. Sonstige Informationen

Herr Hose, Fraktion CDU, merkte an, dass der Termin zur Vorlage der Fortschreibung des Schulsanierungsprogramms überfällig sei und ursprünglich eine regelmäßige Berichterstattung vereinbart wurde. Des Weiteren erfuhr er aus der Zeitung, das Ausweichobjekte als Schulstandorte nicht genutzt werden konnten.

Gerne werde man zur nächsten Sitzung eine Information vorbereiten, so der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement.

Der Ausschussvorsitzende schloss den Tagesordnungspunkt, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung. Er verabschiedete die Gäste und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Maicher
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin